

AvW-Affäre: Anleger verklagt Wirtschaftsprüfer

10.12.2010 | 15:59 | (DiePresse.com)

Der Wirtschaftsprüfer hat es laut Anleger-Anwalt Pascher verabsäumt, auf falsche Buchungen im Jahresabschluss hinzuweisen. Der Anwalt schließt weitere Klagen gegen Aufsichtsräte und Steuerberater nicht aus.

In der Affäre um die pleitegegangene Kärntner Finanzfirma AvW kommt auch der Wirtschaftsprüfer zunehmend unter Druck. Vor wenigen Tagen hat der Wiener Anwalt Andreas Pascher im Namen eines Anlegers eine Schadenersatzklage gegen die Kanzlei Moore Stephens Ehrenböck eingebracht, die seit 2000 bzw. 2001 für die AvW Invest bzw. die AvW Gruppe tätig war. Der Vorwurf: Der Prüfer habe es verabsäumt, auf falsche Buchungen im Jahresabschluss hinzuweisen.

In den AvW-Jahresabschlüssen "sind die Rückkaufpreise für die Genussscheine unrichtigerweise als Aufwand verbucht worden", sagte Pascher am Freitag. Darauf hätte der Prüfer aufmerksam machen müssen, meint der Rechtsvertreter. Außerdem hätte er verlangen müssen, dass die Gegenwerte für die 2001 umgetauschten Genussscheine in der Bilanz verbucht werden, was nicht geschehen sei. Ein weiterer Vorwurf: Der Wirtschaftsprüfer habe nicht auf das fehlende interne Kontrollsystem bei AvW hingewiesen. Zudem habe er als Prospektkontrollor agiert - "aber ein Wirtschaftsprüfer kann nicht Prospektkontrollor sein", so Pascher.

Anwalt denkt über weitere Klagen nach

Pascher vertritt rund 400 Anleger, die mit Genussscheinen der AvW viel Geld verloren haben. Er hat nicht nur den seit April in Kärnten in U-Haft sitzenden AvW-Boss Wolfgang Auer-Welsbach, sondern auch die Republik Österreich - wegen mutmaßlicher Versäumnisse der Finanzaufsicht - und die AvW-Hausbank Raiffeisen Bezirksbank (RBB) Klagenfurt verklagt. Nun erwägt Pascher weitere Klagen gegen Aufsichtsräte, den Steuerberater sowie AvW-Manager.

Am 11. Jänner startet in Klagenfurt der Prozess gegen Auer-Welsbach. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm unter anderem schweren gewerbsmäßigen Betrug, Untreue und Bilanzfälschung vor. Insgesamt soll er einen Schaden von 450 Millionen Euro angerichtet haben, rund 12.500 Anleger, die in Genussscheine investiert haben, sind betroffen. Auer-Welsbach hat in der Vergangenheit sämtliche Anschuldigungen zurückgewiesen.

© DiePresse.com